

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

N^o 284.

Erscheint jeden Montag Abends 6 Uhr für den
andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf.,
zweimonatlich 1 R. 50 Pf. u. einmonatlich 75 Pf.

34. Jahrgang.

Donnerstag, den 7. Dezember.

Inserate werden bis Sonntags 11 Uhr angenom-
men und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile
oder deren Raum 15 Pfennige.

1882.

Aus dem täglichen Leben.

Ein betrübender Fall ereignete sich kürzlich in Berlin. Dort wurde ein junger Gelehrter vor Gericht gestellt, weil er mehrere Bücher, die er bei einer Buchhandlung behufs Herstellung wissenschaftlicher Arbeiten auf Abonnement entliehen, zum Antiquar gebracht hatte. Er sagte aus, nur aus Noth habe er zu diesem Mittel gegriffen, da ihm seine schriftstellerische Thätigkeit kein genügendes Einkommen verschaffe. Also wieder ein Schriftsteller! In Leipzig erschöpfte sich voriges Jahr ein junger Gelehrter, der ebenfalls schriftstellerte, aus demselben Grunde. Das sind nur zwei Beispiele des schriftstellerischen Glucks; man könnte sie aber in's Hundertfache vervielfältigen. Der Grund dafür besteht darin, daß zu viele unberufene junge Männer unter die Schriftsteller gehen. Das Fach ist überfüllt wie kein anderes. Es ist ein ungewisses, tüdliches Meer voll Klippen und Untiefen, über dem zwar eine schöne Fata morgana schwebt, die aber die allermeisten betrügt. Das Schlimmste aber ist, daß gerade Diejenigen, welche sich auf gebiegene Arbeiten verlegen, am schlechtesten wegkommen, denn das Gebiegene hat ein gar kleines Publikum.

Ein ebenfalls überfülltes Fach ist das juristische. Man wird mit der Annahme kaum fehlgreifen, daß die Juristen nach bestandener Staatsprüfung durchschnittlich vier Jahre auf Anstellung warten müssen. Was bleibt da Vielen übrig, als unter die Schriftsteller zu gehen! Glaubt sich doch heutzutage Jeder, der mit der Feder umgehen kann, zur Schriftstellerei berufen, obgleich sie mehr Geist und Talent erfordert, als jeder andere Beruf. Auf anderen Gebieten des sozialen Lebens treten ähnliche Erscheinungen zu Tage. Der Zug unserer Zeit geht eben dahin, das tägliche Brot leicht zu verdienen, d. h. mit dem geringsten Aufwand von Arbeit möglichst angenehm zu leben. Wer mit den nöthigen materiellen und intellektuellen Kräften ausgerüstet ist, mag bei diesem Bestreben reißfren, jedoch nicht immer. Auch große Vermögen gehen zur Neige und Geisteskräfte schaffen nur dann Brot, wenn man sie richtig verwertet. Millionen aber gehen in dem Bestreben zu Grunde, ohne angestrenzte Geistes- und Handarbeit leben zu können. Es ist aber ein unabänderliches Naturgesetz, daß zur Erhaltung einer gewissen Anzahl von Menschen eine verhältnismäßige Summe von Arbeit geleistet werden muß. Wenn alle Nationen wie die Juden Handel trieben, wäre bald nichts mehr zum Handel da. Es gehört zur natürlichen Weltordnung, daß nicht alle Menschen die Erde bebauen; es geht aber gegen alle Ordnung, wenn Diejenigen sich der Handarbeit entziehen, welche ohne dieselbe nicht leben können. In unseren Tagen ist aber die Arbeitsscheu epidemisch geworden; das Müßiggelhen gehört leider sehr häufig zum sogenannten guten Ton. Je anstrengender die Arbeit ist, desto mehr wird sie verabscheut.

Sehen wir uns einmal die jüngere Generation in unseren Städten an. Knaben, welche einige Jahre höhere Schulanstalten besucht haben, empfinden einen wahren Schrecken vor anstrengender Arbeit. Die Zumuthung, das in der Schule Gelernte beim Pfluge, im Stalle, bei der rauchenden Esse oder an der Werkbank zur praktischen Anwendung zu bringen, erscheint ihnen als eine Art Degradation. Nur das Komptoir kann ihre Vornehmheit befriedigen. Einerlei, wie es mit den ökonomischen Hilfsmitteln und der geistigen Befähigung steht, man wird Kaufmann, Bureauarbeiter oder Kommiss. Eher leiden die Burschen Hunger, als daß sie nach dem Hammer oder der Schaufel greifen. Es gibt eine Unmasse stellenloser Kommiss und Kopisten, die ein Leben voll Sorge und Entbehrungen führen, dabei aber zu stolz sind, in ihrer ländlichen Heimath eine untergeordnete, aber sichere Stellung einzunehmen;

Noch größer ist das Kontingent des weiblichen glänzenden Glucks. Es giebt zahlreiche Töchter höherer und mittlerer Stände, die zwar ein wenig Französisch parkiren und das Klavier bearbeiten können, es aber für eine Schande halten, irgend eine größere häusliche Arbeit, wie Kochen und Waschen, zu verrichten. Sie leiden lieber Noth und Hunger, als daß sie ihren bornirten Hochmuth ablegen oder auf ihren Modepuz verzichten. Jedes Ansinnen, eine nothwendige häusliche Arbeit zu thun, weisen sie mit Entrüstung zurück, darben aber dabei, nur um ihrem anerzogenen Dünkel fröhnen und der Welt Sand in die Augen streuen zu können.

Auch unter dem städtischen weiblichen Arbeiterstande ist leider die Puß- und Modesucht sehr zu Hause. Ein unfundiger Sohn des Landes muß, wenn er an einem Sonntage in die Stadt kommt, zu dem Glauben verleitet werden, daß da lauter reiche Frauenpersonen zu Hause seien. Fabrikarbeiterinnen entfalten einen Kleiderluxus, wie es die wohlhabendsten Bauers- oder Handwerkerfrauen auf dem Lande nicht vermögen. Weniger nobel sieht es aber im Sparfläschlein, im Schlafzimmer und im Kopfe dieser Damen aus. Das Sparfläschlein tragen sie in Gestalt von allerlei Bändern und Spizen am Leibe; das elegante Portemonnaie hat ein eigenes Fach für Pfandhauscheine, im Dachkämmerlein liegt Alles unordentlich und verwahrlost da, das Bett und die Leinwand sind schlecht und im Kopfe steckt jedenfalls das Geheimniß nicht, wie man eine Suppe kocht, einen Boden scheuert und zerrissene Strümpfe ausbessert. Nur das weiß die „Dame“, daß sie in einem Geschäft arbeitet und daher besser und nobler als eine Küchenmagd, auch viel geschiedter als die auf dem Felde schaffende Tochter des Landes ist. Armer Mann, der du diese „noble Dame“ zur Frau bekommst!

Tageschau.

Freiberg, den 6. Dezember.

Schon oft haben wir darauf hingewiesen, daß das Parteiwesen im politischen Leben Deutschlands überwuchere und deshalb die einzelnen Parteien oft zu wenig den neuen Aufgaben gerecht werden, die für das Reich noch zu lösen sind. Glücklicher Weise sind jetzt aber auch mehrere Anzeichen vorhanden, daß die alten aus den politischen Sturm- und Drangjahren herrührenden Parteigegensätze ihre Kraft und Schärfe verloren haben und die Ueberzeugung in immer weitere Kreise bringt, daß jede Partei vor ihrer besonderen Aufgabe zunächst zu einer praktischen und nationalen Politik im Interesse des ganzen Volkes verpflichtet ist. Im Grunde genommen sollte ja auch schon der Patriotismus und das politische Gerechtigkeitsgefühl jeder Partei dieses erste Zugeständniß an das Vaterland und an das Gemeinwohl abnötigen, denn wie die Dinge nun einmal bei uns in Deutschland liegen, ist für absehbare Zeiten doch keine Aussicht vorhanden, daß eine der bestehenden Parteien eine sichere parlamentarische Mehrheit bilden kann. Wohin soll da das starre Festhalten am Parteiprogramm führen, wenn keine Partei Aussicht hat, ihr Programm vollständig durchzuführen zu können? Thatsächlich stehen daher die alten Parteien Deutschlands vor neuen Aufgaben und nicht nur erleuchtete Männer, sondern auch das Volk hat dies begriffen. So fielen die letzten preussischen Landtagswahlen trotz der Siegesgewißheit der Fortschrittspartei konservativ und regierungsfreundlich aus, weil das Volk der Parteizwiste müde ist und eine mehr sachliche Politik verlangt und Forderungen, die in den Parteien selbst stattfinden, weisen auch darauf hin, daß man auch innerhalb der Parteien diesen politischen Drang der Gegenwart begriffen hat und demgemäß die Richtung des Steuerruders ändern will oder auch früher schon geändert hat. So löste sich von den Konservativen die freikonservative oder Reichspartei los, weil sie über die konservativen Prinzipien das Wohl des Reichs stellte und vor allem danach ihre Politik einrichten wollte und neuerdings hieß es, daß in den Reihen der Deutschkonservativen Neigung vorhanden sei, eine deutsche Nationalpartei zu bilden. Aehn-

lichen Erwägungen wie die Freikonservativen folgend, bildeten sich aus der alten liberalen Partei auch die Nationalliberalen, von denen allerdings vor zwei Jahren die Sezessionisten wieder nach links abschwenkten. Aber wie richtig die von uns wiederholt vertretene Anschauung über die allmähliche Umbildung der Parteien ist, beweist die Forderung, welche seit einigen Wochen auch in der Fortschrittspartei, die lange Zeit das Banner des Radikalismus und schroffer Opposition hochgehalten hatte, eingetreten ist. Ein sehr namhafter Theil der Fortschrittler hat sich von ihrem gewaltigen Führer im Streite, Herrn Eugen Richter, losgesagt und strebt eine Einigung mit den Sezessionisten und Nationalliberalen an, für das preussische Abgeordnetenhaus hat sogar Herr Richter die Führerschaft der Fortschrittspartei niederlegen müssen, während er sie für den Reichstag noch behauptet hat. Die scharfe Opposition, die Richter seinen Anhängern gegen jede andere Partei lehrte, hat sich nun einmal aus den Reihen der Genossen gegen Richter selbst gewandt, weil seine Oppositionspolitik bei den Wahlen Fiasko gemacht hatte. Die alten Parteien sind eben vor neue Aufgaben gestellt und das dauernde Verschließen vor denselben muß ihnen verhängnißvoll werden. — Im deutschen Reichstage fand gestern die erste Verathung des Antrages Philipps, betreffend die Entschädigung unschuldig Verurtheilter, statt. Abg. Philipp giebt eine Uebersicht über zahlreiche, nachher rektifizierte Verurtheilungen Unschuldiger unter Betonung des sozialen und pekuniären Schadens der dadurch Verurtheilten. Die juristische Seite der Sache möge zweifelhaft scheinen, aber das Volk verstehe es nicht, wenn ein Staat, der die Fürsorge für die wirtschaftlich Schwachen auf seine Fahne geschrieben habe, gerade die davon ausnehmen wolle, die er selbst ins Unglück gestürzt, mit seiner Justiz vergewaltigt habe. Der Antrag stelle die Bewilligung der Entschädigung dem Richter anheim und beseitige damit das Bedenken, daß Gauner um einer Entschädigung Willen ihre Verurtheilung herbeiführen. — Staatssekretär Schelling giebt zu, daß man der Tendenz des Antrages sympathisch gegenüberstehen könne, aber der kühle Kopf des Schachgebers bezweifle die Ausführbarkeit, weil die Voraussetzungen der Entschädigung nicht genügend greifbar festzustellen seien. Die bloße Freisprechung nach Wiederaufnahme des Verfahrens sei keinesfalls schon ausreichend, darauf würde die Regierung nun und nimmermehr eingehen. Die Freisprechung bedeute nicht den Beweis der Nichtschuld, sondern nur den Beweis, daß die Schuld nicht bewiesen werden könnte. Wie die Regierung keine Mittel habe, Geständnisse der Angeklagten zu veranlassen, so wolle sie auch keine Mittel gewahren, die es den Angeklagten vielleicht zur Zeit vortheilhaft erscheinen lasse, nicht zu gestehen. — Abg. v. Reichensperger spricht für die Entschädigungspflicht des Staates vom Standpunkte der Billigkeit und des praktischen Christenthums. — Staatssekretär Schelling betont, daß für die Stellung der Regierung zu dem Antrag keineswegs finanzielle Gesichtspunkte maßgebend seien. — Abg. Petersen (Senats-Präsident beim Oberlandesgericht zu Kolmar) erörtert juristisch die technischen Schwierigkeiten des Antrages und beantragt selbst, eine Kommission von 14 Mitgliedern für diesen Antrag zu ernennen, der ihm in vielen Stücken sympathisch sei. Die Kommission müsse den annehmbaren Theil heraus Schälen. Im nämlichen Sinne äußert sich Abg. Staatsanwalt Hartmann. Abg. Schriftsteller Frohme will das Prinzip der Entschädigung in allen Konsequenzen durchgeführt wissen; er wird wegen Schmähung der Gerichte und der Polizei zweimal zur Ordnung gerufen. — Abg. Rechtsanwalt Sello empfiehlt die Kommissionsberathung, ebenso Abg. v. Zarlinkski. Das Haus verwies den Antrag an eine Kommission von 14 Mitgliedern, und erledigte hierauf mehrere Rechnungs-vorlagen. — Die nächste Sitzung findet am Donnerstag statt. Tagesordnung: Etat. Der Festsetzung der Tagesordnung ging eine Geschäftsdebatte voraus, wonach die Reichsregierung Werth auf die ununterbrochene Fortsetzung der Reichstagsverhandlungen legt, und eine Vertagung bis zum Februar nicht beabsichtigt, wie Staatssekretär Bötticher erklärte. — Fürst Bismarck hat befreundeten Reichstagsabgeordneten gegenüber erklärt, daß ihm eine Vertagung des Reichstages vom Sonnabend dieser Woche bis etwa zur Mitte des Januar, wie sie seitens des Präsidiums und des Seniorentenvents vorläufig in Aussicht genommen war, keineswegs genehm sein würde. Er wünschte vielmehr, daß die parlamentarischen Arbeiten ohne Säumniß, soweit